FESTSCHRIFT ZUM OV-JUBILÄUM 1982:

ZUR GESCHICHTE DER SPD IN MÜNCHBERG

DIE ENTSTEHUNG DER ARBEITERBEWEGUNG

Die Ursprünge der Arbeiterbewegung sind verknüpft mit dem Kampf des Bürgertums gegen die feudale Ordnung. Dieser Kampf erreicht mit der Revolution 1848 in Deutschland und dem Versuch zur Errichtung eines Nationalstaats und einer parlamentarischen Regierung seinen Höhepunkt. Die bürgerlichen Liberalen scheitern aber an ihrer eigenen Inkonsequenz und an ihrer Angst, eine wirkliche Volksbewegung nicht mehr unter Kontrolle halten zu können.

In dieser Zeit sind nämlich bereits die ersten Arbeiterorganisationen entstanden, die sich von den bürgerlichen Parteiungen absetzen. Die konsequenteste davon: der "Bund der Kommunisten", eine internationale Partei (die später in der "Internationalen Arbeiter-Assoziation" aufgeht), die erklärt, daß nur das "Proletariat", d.h. die modernen Lohnarbeiter, die Entwicklung hin zu einer menschenwürdigen Gesellschaftsordnung tragen können. Ihre Programmschrift, das "Manifest der kommunistischen Partei", verfaßten - im Exil - Karl Marx und Friedrich Engels.

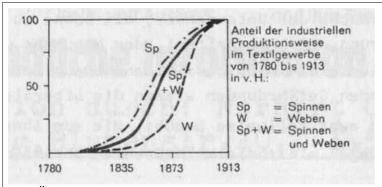
Immer deutlicher erkennen die Arbeiter, daß sie sich von den Liberalen nichts erhoffen können, sondern ihre Abhängigkeit auch unter einer bürgerlichen Regierung fortbestehen wird. Die mit der Industrialisierung entstandene Arbeiterklasse, diejenigen, die nur leben können, indem sie ihre Arbeitskraft verkaufen, kann in der Tat in der bürgerlichen Gesellschaft keine sichere Lebensgrundlage finden: Ob sie ihren Lebensunterhalt verdienen können, richtet sich danach, ob ein Unternehmen sie braucht. Im Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung sind sie so immer wieder von Arbeitslosigkeit bedroht oder betroffen. Soweit es ihnen gelungen ist, einen bescheidenen Lebensstandard zu erreichen, wird auch dieser wieder gefährdet durch ständige Versuche der Unternehmer, die Löhne zu drücken und die Verteuerung der Lebensmittel, der Wohnungen usw.

Auf diese periodisch – nämlich mit den Konjunkturschwankungen – wiederkehrenden Gefährdungen wissen die Liberalen keine Antwort. Sie sind zwar teilweise bemüht, die von ihnen so genannte "soziale Frage" mit sozialen Maßnahmen abzumildern, gegen die Ursachen, die in der Wirtschaftsordnung liegen, sind sie aber nicht bereit, vorzugehen.

Die Folge ist die schrittweise Trennung der Arbeiterbewegung von den liberalen Parteien: 1863 trennen sich eine Reihe von Arbeitervereinen von der liberalen Bewegung und gründen unter Ferdinand Lasalle den "Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein" (ADAV). 1869 gründen Mitglieder der verschiedenen Arbeiterorganisationen die "Sozialdemokratische Arbeiterpartei" unter der Führung von Wilhelm Liebknecht und August Bebel. Beide Richtungen vereinigen sich 1875 zur "Sozialistischen Partei Deutschlands". Diese - bereits 1878 mit den "Sozialistengesetz" faktisch verbotene Partei - nennt sich ab 1890 Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Hintergrund dieser Entwicklung ist die "Industrielle Revolution" in Deutschland, die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise:

- Die feudalen Abhängigkeiten in der Landwirtschaft werden schrittweise beseitigt. Die Folge: ehemaligen Bauern und Landarbeitern wird ihre Existenzgrundlage entzogen, sie stehen als Lohnarbeiter für die industrielle Produnktion zur Verfügung.
- Die handwerkliche Produktion wird zurückgedrängt. In Fabri-ken und Manufakturen werden



Der Übergang von handwerklicher zu industrieller Produktion im Textilbereich: innerhalb von 40 Jahren kehren sich die Verhältnisse zwischen beiden produktionsweisen um – bei ingesamt starkt steigender Produktion. Im Münchberger Raum halten sich allerdings Heimweber bis in die 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts.

- die Waren unter dem Kommando des Kapitals produziert - mit den entsprechenden maschinellen Verfahren, gegen die handwerkliche Produktion nicht mehr konkurrenzfähig ist.
- Als Hemmnisse für die Entwicklung des Handels fallen die Zollgrenzen in Deutschland weg. Durch den Bau von Kanälen und Eisenbahnen werden moderne Transportmöglichkeiten geschaffen. Mit der Gründung des "Deutschen Reichs" 1871 findet diese Entwicklung ihren Abschluß.

DIE SOZIALDEMOKRATIE IM KAISERREICH

Der neue - unter preußischer Vorherrschaft gegründete - Staat ist gekennzeichnet von einem Bündnis des alten Adels mit großen Teilen des Besitzbürgertums, das zwar von der politischen Macht weitgehend ausgeschlossen bleibt (insbesondere von der militärischen Führung), aber auf die wirtschaftliche Förderung des Staates rechnen kann. Dies zeigt sich schon mit der Gründung: durch den Sieg über Frankreich stehen in den "Reparationsgeldern" die nötigen Finanzmittel bereit, um einen Ausbau der kapitalistischen Produktion zu stützen.

Nach außen vertritt dieser Staat eine aggressive Politik - auf Grundlage seiner wachsenden ökonomischen Stärke -, die im Innern von einem Nationalismus ergänzt wird, der sich gegen alle möglichen Minderheiten richtet: Polen, Juden, Katholiken und Sozialdemokraten haben nichts anderes als Diskriminierung zu erwarten. Sie sind die "Reichsfeinde", die aus der Gesellschaft des Kaiserreichs ausgeschlossen bleiben und als Feindbilder dienen müssen, an denen sich das fadenscheinige "Nationalgefühl" des neuen Reiches bestätigen will.

Der große Wirtschaftsaufschwung der "Gründerjähre" findet bald ein jähes Ende. Periodische Krisen kennzeichnen das Bild der ökonomischen Entwicklung des Kaiserreichs. Trotz allen wächst aber die Stärke des deutschen Kapitals. In allen Bereichen wird der Übergang zur industriellen Form der Produktion vollzogen, die Produktivität der Arbeit wird durch Anwendung neuer Produktionsverfahren ständig gesteigert. Die neue Industrie verlangt größere Kapitalmengen - die ersten Konzerne entstehen.

Für die Arbeiter bleibt dabei nicht viel übrig. Sie haben nicht nur die sozialen Folgen der Krisen zu tragen, sie müssen auch ständige Verteuerung der Lebensmittelpreise - infolge der staatlichen Schutzzollpolitik hinnehmen. Anfangs des 20. Jahrhunderts zahlt man im Deutschen Reich die höchsten Lebensmittelpreise der Welt. Die Steigerung der Produktivität reicht den deutschen Unternehmen nicht aus: Um auf dem Weltmarkt expandieren zu können, versuchen sie ständig, die Löhne der Arbeiter zu drücken. Diese setzen sich zur Wehr: die Zahl der Streiks nimmt zu, sie werden zunehmend härter geführt.

So schuf die kapitalistische Entwicklung zwar ständig wieder Not und Elend in der Gesellschaft, nicht daraus entstand aber die Gegenbewegung: Die Vorstellung, erst die Verelendung schafft den Willen zur Veränderung, erweist sich bei genauerem Hinsehen auch für die deutsche Arbeiterbe-

wegung als falsch. Nicht der Hunger trieb die Leute zur politischen Organisation – und so waren auch die ersten, die sozialdemokratische Vorstellung vertraten und verbreiteten vor allem Facharbeiter und Handwerker - mit einer relativ gesicherten, wenn auch von "Wohlstand" weit entfernten Existenz. Was sie zusammenführte und die Sozial-demokratie immer stärker werden ließ, war die Erkenntnis, daß sie sich auf Dauer in einer Gesellschaft nichts erhoffen können, in der das Kapital den Ton angibt.

So schuf sich die Arbeiterbewegung in den Gewerkschaften Organisationen, mit deren Hilfe sie den Unternehmern gegenübertreten und um bessere Arbeitsbedingungen und Löhne kämpfen konnten. Zugleich entstanden Konsumgenossenschaften, um die Preistreiberei des Handels aufzufangen. Die Haupt120-110-100-90-80-1880 1890 1900 1910

Entwicklung der Realeinkommen: durchschnittlicher Jahresverdienst der Arbeitnehmer in Deutschland (Index: 1895=100)

frage blieb aber die der politischen Macht. Deshalb tritt die Arbeiterbewegung für die politische Demokratie ein, denn nur mit ihr kann sie sich eine Durchsetzung ihrer Forderungen erhoffen.

Die Sozialdemokratische Partei wächst und ihr Stimmenanteil nimmt bei den Wahlen ständig zu. Schließlich ist sie mit über 30 Prozent der Stimmen die stärkste Partei in Deutschland. Neben der Partei entstehen eine Reihe von Arbeitervereinen, die sich der Sozialdemokratie verbunden fühlen. In Sport-, Bildungs-, Theater- und anderen Vereinen schafft sich die Arbeiterbewegung ihre eigenen gesellschaftlichen Organisationen - neben den "offiziellen" der bürgerlichen Gesellschaft, die von ihnen nichts wissen will. Die Gewerkschaften haben steigende Mitgliederzahlen zu verzeichnen und ihre Verhandlungsposition gegenüber den Unternehmern wird stärker. Schrittweise lösen sie sich



Einen Streik für die Einführung des 10-Stunden-Arbeitstages beantworten die Textilfabrikanten in Crimmitschau 1903 mit einer brutalen Aussperrung. von einer untergeordneten Rolle gegenüber der SPD und werden zu einer eigenständigen Klassenorganisation der Lohnabhängigen. Dies zeigt sich auch im Niedergang der christlichen Gewerk-schaften und der liberalen, wirtschaftsfriedlichen Arbeiterorganisationen.

DIE SPD BEI DEN REICHSTAGSWAHLEN BIS 1918

Um einen konkreten Anhaltspunkt zu gewinnen, welche Resonanz die frühe Sozialdemokratie in Münchberg fand, erscheint es notwendig, die Wahlergebnisse der Reichstagswahlen ab 1871 in Münchberg näher zu betrachten.

Erhielt im Jahre 1871 der hier kandidierende sozialdemokratische Kandidat Franz aus Augsburg nur eine einzige Stimme, so konnte bereits drei Jahre später, bei den **Reichstagswahlen 1874**, der sozialdemokratische Bewerber Theodor York aus Hamburg in der Stadt Münchberg einen frühen beachtlichen Erfolg verbuchen, da es ihm

gelang, 36,4 % der gültig abgegebenen Stimmen zu erzielen, ein Ergebnis, das jedoch auch der persönlichen Popularität Yorks entsprang, der in dieser Zeit zu den bekanntesten Repräsentanten der deutschen Arbeiterbewegung zählte.

York, von Beruf Tischler, war seit 1972 Parteisekretär der SDAP und Vorsitzender des Allgemeinen deutschen Holzarbeiterverbandes. Das Ergebnis, das in Münchberg erzielte, bildet den ersten direkten Hinweis darauf, daß sie Sozialdemokratie in Münchberg bereits sehr früh über ein beachtenswertes Wählerpotential verfügte; dennoch konnte erst nach 24 Jahren in Münchberg ein besseres Reichstagswahlergebnis erzielt werden. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß im Jahre 1875 Thoedor Yorks Begräbnis in Hamburg zur ersten gemeinsamen Demonstration der Lasalleaner und Eisenacher geriet, an der über 7000 Personen teilnahmen. Wie erwähnt, fand der Erfolg Yorks in Münchberg vorerst keine Wiederholung. Bei den **Reichstagswahlen 1877** erreichte Gabriel Löwenstein für die SPD in Münchberg 11 % der Stimmen, bei den Wahlen 1878, die unter dem Vorzeichen des Sozialistengesetzes stattfanden und jede öffentliche Betätigung für die Partei unmöglich ge-macht war, konnte keine einzige Stimme gezählt werden, was wohl auch dazu führte, daß 1881 kein Kandidat nominiert wurde.

Die neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts müssen als Periode der Stagnation der Entwicklung der Sozialdemokratie in Münchberg angesehen werden, betrachtet man sie hinsichtlich der Wahlergebnisse. Erst ab 1890 setzt parallelaufend zur Entwicklung auf Reichsebene ein Aufschwung in Münchberg ein: 1890 erzielt Gabriel Löwenstein in unserer Stadt 17,6 % der gültigen Stimmen. Welche Hindernisse es jedoch trotz der Aufhebung des Sozialistengesetzes noch gab, so etwa einen Saal für die Wahlversammlung zu finden, schildert eine kurze Pressenotiz aus der MHZ von 7. Februar 1890:

"Die Sozialdemokraten hatten wie jüngst in Konradsreuth so neulich auch in Münchberg und Helmbrechts Pech. Trotz der rührigen Thätigkeit und Fixigkeit der Herren von der schwieligen Faust war hier wie dort kein Saal auf zutreiben - dem 'Gabriel' blieb das Paradies verschlossen."

Daß der relativ bescheidene Stimmenanteil von 17,6 % für Löwenstein allerdings schon als bedrohlich empfunden wurde, konnte ebenfalls in der MHZ nachgelesen werden:

"Die für den Sozialdemokratischen Kandidaten abgegebenen Stimmen weisen sowohl hier, wie im gesamten Bezirk bedenkliche Zahlen auf." (MHZ, 21.2.1890).

Solche, wie eine Reihe weiterer Presseartikel der MHZ bezeugen die Furcht der bürgerlichen Seite vor der SPD in einer Zeit, in der das Wort "Demokrat" noch zum Schimpfvokabular dieser Kreise gehörte.

Kurz vor der Reichstagswahl 1893 fand sich folgende Veröffentlichung in der MHZ:

Wir leben nun offenbar in einer gährenden, von Überraschungen mancherlei Art erfüllten Zeit, und schwer ist es, jetzt über die Gestaltung künftiger Parteiverhältnisse irgend etwas Sicheres im Voraus sagen zu wollen. Sicher ist zunächst nur soviel, daß mit Ausnahme der Socialdemokraten, für welche fanatische Agitation und starre Opposition bequeme Wahlagitationsmittel sind, alle bürgerlichen Parteien mit verhältnismäßgi sehr ungünstigen Ausseihten in den Wahlkampf gehen. Wo soll auch die Gunst der Umstände für eine conservative oder liberale Partei herkommen, wenn fast in jedem Wahlkreise drei oder vier Parteien sich bekämpfen und dabei die Sozialdemokratie in Folge des leicht zu bethörenden Arbeiterstandes und Dank des allgemeinen gleichen Wahlrechts in einem erklärlichen Vortheile sich leider befindet ?!" (MHZ - 10.5.1893)

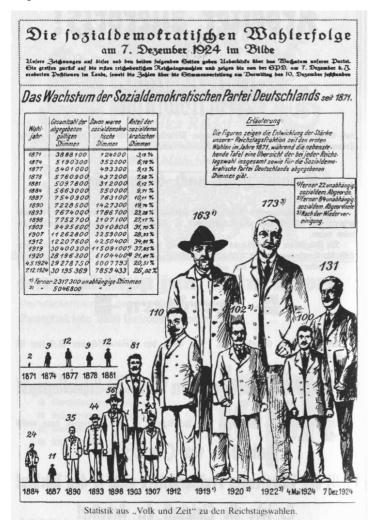
Diese Einschätzung spielgelt auch das Wahlergebnis wider: Neben Gabriel Löwenstein, der 34,9 % der Stimmen erhielt kandidierten zwei Bürgerliche, die 39,3 bzw. 24,4 % der Stimmen erhielten.

Doch es war nicht nur die Aufspaltung des bürgerlichen Lagers, die der SPD von Nutzen war, sondern die Konzeptionslosigkeit der Bürgerlichen hinsichtlich sozialer Fragen und der politischen Emanzipation der Arbeiterschaft.

Ein entscheidener Durchbruch gelang der Sozialdemokratie anläßlich der **Reichstagswahlen 1898**. Erstmals entfiel in Münchberg auf den SPD-Kandidaten Daniel Stücklen, Redakteur der "Oberfränkischen Volkszeitung", im ersten Wahlgang mit 48,1 Prozent die einfache, bei der notwendig gewordenen Stichwahl mit 56,7 % die absolute Mehrheit der Stimmen. Unter welchen Bedingungen damals die Wahlversammlung der Sozialdemokraten stattfand, war in der MHZ vom 3. Juni 1898 nachzulesen:

"In Ermangelung eines Saales veranstaltete die Sozialdemokratische Partei gestern Abend unter freiem Himmel - bei der Pempersburg, in der Nähe des Friedhofes - eine Wählerversammlung. Herr Reichstagskandidat Daniel Stücklen ... sprach von 8 – ¼10 zu etwa dreihundert anwesenden Genossen. Die Versammlung verlief ohne Zwischenfall."

Aus schriftlich niedergelegten Erinnerungen bereits verstorbener Genossen gehen nähere Einzelheiten über eine weitere Versammlung an gleicher Stelle hervor. Das Grundstück an der Burgstraße, das wohl dem Genossen Johann Strößner gehörte, mußte auf Anordnung der Polizei eingezäunt werden, was von den Genossen, vor allem Maurern und Steinmetzen, besorgt wurde, die sich Stangen besorgten und den "Versammlungsort" absperrten, so daß dann, natürlich unter polizeilicher Aufsicht, mehrere hundert Personen den Ausführungen des "roten" Pfarrers Goehre aus Sachsen folgen konnten.



Es erscheint auch notwendig, sich die Wahlmodalitäten, die bis 1918 bestanden, nochmals in Erinnerung zu rufen. Es bestand damals nur für die Reichstagswahlen allgemeines gleiches (Männer-)Wahlrecht. Neben ungerechter Stimmkreiseinteilung, die Arbeiterregionen eklatant benachteiligte, fanden die Wahlen zudem an Werktagen statt, um den potentiellen Wählern der Sozialdemokratie den Urnengang zu erschweren. Bei Landtags- und Kommunalwahlen mußten zudem die Stimmen offen abgegeben werden, was bedeutete, daß sozialdemokratische Wähler in einem Maß Diffamierungen und Verfolgungen ausgesetzt waren, die heute unvorstellbar erscheinen. Für uns bleibt festzustellen, daß der sozialdemokratische Wähler vor 1918 ein mutvolles und auch opferbereites Bekenntnis zu dieser Partei abzulegen hatte, wenn er sich für sie einsetzte und ihr seine Stimme gab. Verdeutlichen lassen sich solche Umstände auch in unserem örtlichen Bereich. Als bei öffentlicher Bekanntgabe eines Stichwahlergebnisses anläßlich einer Reichstagswahl dem sozialistischen Kandidaten Stücklen 312 Stimmen zur Mehrheit fehlten, äußerte unser bereits verstorbener Genosse Karl Lang überlaut seinen Unmut, indem er sich darüber beklagte, daß es die Münchberger Unternehmer ihren Arbeiter erschwerten zur Wahl zu gehen, worauf er an nächsten Tag fristlos entlassen wurde.

Bei sämtlichen weiteren Reichstagswahlen bis 1912 gelingt es in Münchberg, der Sozialdemokratie zu Stimmergebnissen zu verhelfen, die ständig um 50 % und höher liegen und so den Stimmenanteil der SPD auf Reichsebene weit übertreffen. So kann ohne Übertreibung festgestellt werden, daß Münchberg mit zu den Hochburgen der Sozialdemokratie in Nordostoberfranken gehörte.

DIE GRÜNDUNG DES MÜNCHBERGER ORTSVEREINS UND DIE FRÜHE ENTWICKLUNG BIS 1918

Die Anfänge der fränkischen Arbeiterbewegung gehen zurück in die Jahre nach 1860, wobei der Raum Nürnberg-Fürth als eindeutiges Zentrum anzusehen ist, von dem entscheidende Impulse auch in den nordostoberfränkischen Raum ausgehen. In den 90er Jahren bildet sich in Münchberg eine kleine Gruppe von Sozialdemokraten, die sich als Sektion dem Hofer Ortsverein anschließen, um schließlich im Mai des Jahres 1902 einen eigenen "sozialdemokratischen Verein" zu gründen.

Am 5. Mai 1902 findet im Garten der Gastwirtschaft Hager an der Kirchenlamitzer Straße (heute

Am 5. Mai 1902 findet im Garten der Gastwirtschaft Hager an der Kirchenlamitzer Straße (heute Hotel Hager) eine von Münchberger Sozialdemokraten einberufene öfffentliche Versammlung statt, die beim Magistrat der Stadt Münchberg angemeldet werden mußte und unter polzeilicher Aufsicht stand. Als Referent der Versammlung spricht Daniel Stücklen über den Acht-Stunden-Tag und damit über ein Thema, das für die SPD damals zu den entscheidenden Foderungen gehörte. Die Teilnehmer dieser Versammlung waren gehalten, sich nur im Garten aufzuhalten, die angrenzende Straße und Wiesenfläche durfte nicht betreten werden. Mit Sicherheit kann angenommen werden, daß diese Zusammenkunft den Anlaß bildete, die sozialdemokratische Sektion Münchberg von Hof zu lösen und einen eigenen Ortsverein zu gründen. Ob die Gründungsversammlung direkt im Anschluß an dieses Zusammentreffen oder einige Tage später erfolgte, kann nicht eindeutig geklärt werden. Um die Zulassung durch die Aufsichtsbehörte zu erlangen, mußte der Verein seinem Zulassungsantrag eine Satzung beifügen. Mit einem Schreiben des königlichen Bezirksamtes vom 31. Mai 1902 an den Magistrat der Stadt Münchberg wird mitgeteilt:

"Gegen die vorgelegten Satzungen des neu gegründeten 'Sozialdemokratischen Vereins' mit dem Sitze in Münchberg besteht von Aufsichts wegen keine Erinnerung. Hiervon ist die Vorstandschaft des Vereins gegen sofort unser vorzulegenden Nachweis zu verständigen. Gezeichnet: Dr. Böhm." (Stadtarchiv Münchberg; 213-3-102 Blatt 1)

Noch am gleichen Tag der offiziellen Zulassung halten die Münchberger Sozialdemokraten die **erste Mitgliederversammlung** ihres eigenen Ortsvereins in der Hagerschen Gastwirtschaft ab, so daß in einer Dienstanweisung des Stadtmagistrats zur Überwachung dieser Versammlung zu lesen ist:

"Heute Abend findet im Nebenzimmer der Hagerschen Wirtschaft in der Kirchenlamitzer Straße dahier die erste Monatsversammlung des neu gegründeten Sozialdemokratischen Vereins statt. Herr Bürgermeister-Stellvertreter erhält somit Kommissorium zu politischer Überwachung der Versammlung. Im Verhinderungsfalle wollen Sie für Vertretung einer geeigneten magistratischen Persönlichkeit Sorge tragen. Gez.: der Amtsvorsteher." (Stadtarchiv Münchberg, 213-2-1, Blatt 67)

Zum ersten Vorsitzenden des jungen Vereins wird der Genosse Max Schmutzler gewählt, als zweiter Vorsitzender fungiert Fritz Hertrich, als zweiter Schriftführer Johann Strößner. Die Namen des

Kassiers und des ersten Schriftführers sind nicht bekannt. Eine vom Magistrat der Stadt Münchberg erstellte Aufstellung der politischen Vereine der Stadt nennt folgende Zweckbestimmung des Sozialdemokratischen Vereins Münchberg:

"Im Anschluß an die Organisation der Sozialdemokratischen Partei Bayerns für die Grundsätze und Bestrebungen der Sozialdemokratie einzutreten, für politische und wirtschaftliche Aufklärung zu wirken und insbesondere auch bei Wahlen die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei zu unterstützen." (Stadtarchiv Münchberg, 213-3-la/ Blatt 15).

Die Satzung des Vereins legte fest, daß jeden letzten Samstag im Monat eine Mitgliederversammlung stattzufinden habe. Als Parteilokal diente bis 1906 die Gastwirtschaft Ludwig Hagers, der auch zu den Gründungsmitgliedern gehörte, später traf man sich in der Bierwirtschaft Oskar Täubers in der Ludwigstraße (nachmals bekannt als "Bergrestaurant", später "Deutsches Haus"), zwischendurch auch bei dem Genossen Fritz Höhn (im "Stadtparkrestaurant" oder bei Fritz Köhler in der "Kreuzberggastwirtschaft", wo am 20. August 1905 das erste Volksfest abgehalten wurde. Ausserdem fanden bereits 1903 und 1904 Waldfeste bei der Schallersgrün statt, wohin man geschlossen marschierte, jedoch war es untersagt, bei derartigen Veranstaltungen Parteiabzeichen zu tragen oder Embleme der Sozialdemokratie zu zeigen. Erlaubt war nur Fahnenschmuck in Landes- und Reichsfarben.

So gehörte neben politische Tätigkeit und Schulung der Mitglieder die Pflege der Geselligkeit sowie sportliche Ertüchtigung zu den unverbrüchlichen Bestandteilen des Vereinslebens, was auch zur gesonderten **Gründung von Vereinen** führte. Im September 1902 gründete sich der Arbeiter-Gesangverein "Vorwärts" unter dem Vorsitz von Johann Strößner, im Juli 1904 die "Freie Turnerschaft Münchberg" mit dem Genossen Marian Schödel als Vorsitzendem, aus dem dann der Arbeiter-Turnund Sportverein hervorging, und schließlich der Radfahrerverein "Solidarität", der 1907 gegründet wurde.

Gute Beziehungen der Münchberger Sozialdemokraten bestanden auch zur Gewerkschaft, deren Münchberger Sektion 1906 von Hof unabhängig wurde. In ihr zeigten sich die zuerst organisierten Mauerer und Steinmetzen am aktivsten, die auch rege in der Partei mitwirkten.

Vermochten auch die Münchberger Sozialdemokraten bei den Reichs- und Landtagswahlen nach 1900 durch engagierte Wahlkämpfe beachtliche Erfolge zuerzielen, so war es ihnen vorerst durch die diskriminierenden Bestimmungen des Kommunalwahlrechts versagt, in der **städtischen Vertretungskörperschaft** aktiv mitzuarbeiten. Aktives und passives Wahlrecht waren hier an die Erlangung des Bürgerrechts gebunden, das man erkaufen mußte. Die dafür zu entrichtende Summe betrug in der Stadt Münchberg vor 1910 128,57 Reichsmark und zusätzlich noch etwa 15 Mark an Schreibgebühr, was nahezu dem Viertel des Jahreseinkommen eines Textilarbeiters entsprach, einem finanziellen Aufwand also, der von einem Arbeiter nur in den allerseltensten Fällen aufzubringen war. Um diesem Mißstand entgegenzuwirken, erfolgte im Jahre 1908 die Gründung des sogenannten "Bürger-rechtsvereins", der es sich zum Ziel setzte, für redegewandte und aktive Mitglieder das Bürger- und damit das Gemeindewahlrecht zu erwerben, wozu die Beiträge der Mitglieder verwandt wurden.

Vergleicht man die Zahl der 1367 Stimmberechtigten zur Reichstagswahl von 1907 in Münchberg mit der Zahl der 301 Stimmberechtigten für die Gemeindewahl von 1908, so läßt sich grob feststellen, daß damals nur etwa 22 % der potentiell stimmberechtigten Männer das Gemeindewahlrecht besaßen. Dem Wirken des Bürgerrechtsvereins, dem der Genosse Fritz Höhn als erster Vorsitzender diente, ist es wohl mit zuzuschreiben, daß bei den Gemeindewahlen des Jahres 1911 sowohl die Gesamtzahl der Stimmberechtigten auf 405 gestiegen war, als es auch erstmals gelang, eine eigene sozialdemokratische Kandidatenliste, die "Liste D" zu präsentieren.

In der Zeit vor 1918 gliederte sich die kommunale Vertretungskörperschaft in einen Rat von 24 Gemeindebevollmächtigten, aus dessen Mitte dann 8 Magistratsräte gewählt wurden. Die Wahlen für das Gemeindebewollmächtigtenkollegium durch die wahlberechtigten Münchberger Bürger erfolgte alle drei Jahre nach einem rollierenden System, d.h. es mußten alle drei Jahre ein Viertel der am längsten gedienten Gemeindebevollmächtigten ausscheiden, die allerdings das Recht besassen, sich neben andren Bewerbern erneut zur Wehl zu stellen.

Die Liste, die die Münchberger SPD 1911 einreichte, nannte folgende Namen: Fritz Höhn, Karl Brater, Johann Taubald, Johann Strößner, die je dreimal aufgeführt wurden, sowie Georg Unglaub und Karl Hertrich, beide je zweimal aufgeführt. Diese erste Gemeindewahl, an der sich der SPD-Ortsverein beteiligte, brachte ihm zwei Sitze im Gemeindebevollmächtigtenkollegium ein - es waren die Genossen Johann Strößner und Fritz Höhn, die erstmals als sozialdemokratische Gemeinderäte füngierten. Nach dem Wegzug von Fritz Höhn 1912 rückte für ihn Johann Taubald nach.

Das Jahr 1912 brachte auch einen entscheidenen Erfolg für die SPD im Wahlkreis Hof (der den Bereich der Stadt Hof sowie die Bezirksämter - vergleichbar den ehemaligen Landkreisen - Hof, Münchberg, Naila und Rehau umfaßte): erstmals gelang es dem SPD-Kandidaten Josef Simon das **Reichstagsmandat** zu erreichen. Auf ihn entfielen bereits im ersten Wahlgang 53,7 % der Stimmen.

Bei der Wahl des Gemeindebevollmächtigtenkollegiums 1914 in Münchberg reichten die hiesigen Genossen erneut eine Kandidatenliste ein. Auf ihr kandidierten Johann Puchtler, Georg Thierauf, Andreas Bauer, Karl Hertrich, Karl Bennewitz und Andreas Hoch. In der Wahl gelingt es, mit Johann Puchtler einen weiteren Gemeindebevollmächtigten der SPD zu stellen, so daß nunmehr drei Genossen in diesem Gremium mitwirken. Im Vordergrund ihrer Arbeit stehen Probleme der sozialen Fürsorge, des Wohnungs- und Schulwesens, doch nicht immer finden ihre Anregungen offene Ohren bei den mitversammelten Münchberger Stadthonoratioren, deren Mehrheit im Kollegium es auch nicht zuläßt, daß ein Sozialdemokrat zum Magistratsrat zugelassen wird.

Neben den Kampf um die politische Demokratie tritt zunehmend der gegen eine Politik der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Die internationale Arbeiterbewegung ist entschlossen, den sich immer deutlicher abzeichnenden Krieg in Europa zu verhindern. 1914 jedoch scheint alles vergessen zu sein: der Widerstand der Sozialdemokratie gegen den **Kriegsausbruch** bricht zusammen. Ein Generalstreik – als letztes Mittel vorgesehen – scheint angesicht allgemeiner Begeisterung für den "gerechten Krieg" nicht mehr durchführbar.

Die Mehrheit der SPD unterstützt im Reichstag die Kriegführung der Regierung. Sie macht sich weitgehend die Vorstellungen eines "Verteidigungskriegs" zu eigen – zu der das zaristische Rußland als Kriegsgegner ein Übriges beiträgt – und läßt sich so für die Ziele des deutschen Eroberungskrieges einspannen. Nur ein kleiner Teil der SPD ist es zunächst, der den Kampf fortsetzt - organisiert im "Spartakusbund" unter der Führung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Je deutlicher aber der wahre Zweck des Krieges wird, desto stärker wächst die Opposition in der SPD. Schließlich spaltet sich die Partei über der Frage einer weiteren Bewilligung von Kriegskrediten: neben der alten "Mehrheits"-SPD (MSPD) entsteht die "Unabhängige Sozialdemokatische Partei" (USPD).

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges beschlossen die Parteien auf Reichsebene einen sogenannten "Burgfrieden", so daß vordergründig alle Differenzen beseitigt schienen. Die Zustimmung der Sozialdemokraten zu den Kriegskrediten veranlaßte Kaiser Wilhelm II. euphorisch auszurufen, daß er nur noch Deutsche aber keine Parteien mehr kenne, er, der noch Jahre vorher die Sozialdemokraten als "vaterlandslose Gesellen" und "Landesverräter" beschimpft hatte. Auch zahllose Sozialdemokraten zogen in einen Krieg, der in Verschleierung der wahren Umstände als Verteidigungskrieg deklariert, in Wirklichkeit jedoch allein zum Zweck rein imperialistischen Expansionsstrebens

geführt wurde und zahllose Menschenopfer kostete.

Während dieser Kriegszeit bemühten sich die Genossen Georg Thierauf und Johann Taubald um den Erhalt der Partei und führten die Arbeit der Münchberger SPD weiter. Es ist unmöglich, alle Münchberger Sozialdemokraten der "ersten Stunde", die in aufopferungsvoller Tätigkeit das Parteileben aktivierten, an dieser Stelle namentlich zu nennen. Dennoch muß es für uns heute eine Verpflichtung sein, einer Reihe von Genossinnen und Genossen in dankbarer Anerkennung zu gedenken:

Karl Brater
Hans Becher
Michael Eby
Adolf Goller
Ludwig Hager
Heinrich Henrich
Margarete Henrich
Johann Hertrich
Karl Hertrich

Christian Krauß
Karl Lang
Andreas Lehmann
Johanna Lehmann
Andreas Oswald
Johann Puchtler
Nikol Reichel
Heinrich Ruger
Marian Schödel
Marie Schödel

Hans Seidel Georg Schneider Max Specht Gustav Stricker Johann Strößner Klara Strößner Johann Taubald Georg Thierauf

DIE SPD IN DER WEIMARER REPUBLIK

1918 ist schließlich der Zusammenbruch des alten Regimes unabwendbar. Der Krieg ist verloren. Es kommt zu Streiks in der Rüstungsindustrie, immer größere Teile der Bevölkerung sind nicht mehr bereit, die Lasten der Kriegführung zu tragen. Die Regierung tritt ab und macht einer parlamentarischen Regierung Platz. Das Kaiserreich hat sein Ende gefunden.

Die Zugeständnisse kommen aber zu spät. Meutereien der Kriegsflotte sind das Signal zur **Novemberrevolution**. Unter dem Eindruck der russischen Oktoberrevolution 1917 übernehmen in vielen deutschen Städten Arbeiter- und Soldatenräte die Macht. Die kaiserliche Armee ist weitgehend in Auflösung begriffen, der alte Staat existiert nicht mehr. Eine provisorische Regierung – der "Rat der Volksbeauftragten" – aus MSPD und USPD-Mitgliedern übernimmt die Regierungsgeschäfte.

Mit der Novemberrevolution und der Ausrufung der Republik in Berlin wie in München, wurde einem ausgehungerten Volk ein neues Verfassungs- und ein demokratisches Regierungssystem gebracht, in dem die Parteien eine gewichtige Rolle spielten. Alte Ziele der Arbeiterbewegung - das Wahlrecht für Frauen, der Ausbau der sozialen Sicherung, die Einrichtung von Betriebsräten, konnten durch gesetzt werden. Der Versuch einer Neuordnung der Gesellschaft scheitert jedoch: Die Macht der alten herrschenden Klasse ist trotz des verlorenen Krieges ungebrochen. Mit den zurückkehrenden Fronttruppen haben sie auch die stärkste militärische Macht auf ihrer Seite - und schon bald (im Kapp-Putsch, der 1920 nur durch de Generalstreik zum Scheitern gebracht wird) versuchen sie sie, zur Wiederherstellung des alten Regimes zu nutzen. So setzen sich im bürgerlichen Lager immer stärker "deutschnationale" und "völkische" Gruppen durch, die betont antidemokratisch sind. Auch der Staatsapparat – zumal die Justiz – ist von ihnen durchsetzt.

Die Arbeiterbewegung ist gespalten. Während die MSPD die Errichtung der parlamentarischen Demokratie als ihr Hauptziel ansieht, bemühen sich die USPD und die neuentstandene KPD um eine Neuordnung der Gesellschaft und Wirtschaft. Um diese Bestrebungen einzuschränken, geht die MSPD ein Bündnis mit den bürgerlichen Kräften ein: Reichswehrtruppen werden von den MSPD-Mitgliedern der Regierung zur Niederschlagung des "Spartakusaufstandes" eingesetzt.

Mit diesen Auseinandersetzungen wird nicht nur die Chance verspielt, eine Mehrheit für eine

Regierung der Arbeiterparteien zu schaffen, es wird auch die Kluft zwischen ihnen vertieft. Die USPD wird in dieser Auseinandersetzung aufgerieben. Die Mehrheit schließt sich der KPD an (und macht diese erst zu einer Massenpartei), eine Minderheit vereinigt sich wieder mit der MSPD. So bleibt auch die SPD die meiste Zeit von der Regierung der Weimarer Republik ausgeschlossen. Meist regierung Koalitionen, die antirepublikanische oder antidemokratische Parteien des bürgerlichen Lagers einschließen. Ständige Regierungskrisen sind die zwangsläufige Folge.

DIE MÜNCHBERGER SOZIALDEMOKRATEN IN DER WEIMARER REPUBLIK

In Münchberg bildete sich am 14. November anläßlich einer öffentlichen Versammlung in der Turnhalle ein Arbeiter- und Soldatenrat, nachdem der Genosse Max Blumtritt aus Hof an die Versammelten eine engagierte Rede gehalten hatte. Erster Vorsitzender wurde Michael Eby, zweiter Vorsitzender Adolf Goller, weiterhin gehörten dem Rat unter anderem die Genossen Hans Hertrich, Johann Taubald, Georg Thierauf, Johann Puchtler und Johann Strößner an. Nach Ende der Veranstaltung zogen sämtlich Teilnehmer zum Rathaus, woraufhin sich eine Delegation zu Bürgermeister Durst begab und diesem erklärte, daß der Münchberger Arbeiter- und Soldatenrat nunmehr die ausführende Gewalt innehätte. Von Bürgermeister Durst wurde eine Erklärung gefordert, daß sich die Beamten des Magistrats diesem Rat unterordnen wollten, allerdings, so wurde betont, würde der Arbeiter- und Soldatenrat keinerlei Zwang ausüben. Bürgermeister Durst führte daraufhin aus, daß er und die Magistratsbeamten "auf dem Boden der vollendeten Tatsachen stehen" und wünschte eine gedeihliche Zusammenarbeit mit dem Arbeiter- und Soldatenrat. Danach zog man zum Bezirksamt und forderte von Bezirkshauptmann Schleußinger die gleiche Erklärung. Auch er zeigte sich zur Kooperation bereit.

Der Arbeiter- und Soldatenrat, am 24. November 1918 umbenannt in Arbeiter- und Bauernrat, verstand sich als Organ, die Belange der Bürgerschaft zu artikulieren und zeigte sich bestrebt, die öffentliche Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten und materielle Not zu lindern. Trotz der Spaltung in MSPD und Unabhängige, die auch in Münchberg vollzogen worden war, arbeiteten Vertreter beider Richtungen, wie anderswo auch, gleichberechtigt zusammen. Es ist allerdings anzunehmen, daß der Münchberger Arbeiter- und Bauernrat seine Tätigkeit im Laufe des Jahres 1919 einstellte.

Die Münchberger MSPD agierte nach der Spaltung weiterhin als Ortsverein, mit Michael Eby als Vorsitzendem, während die Münchberger USPD, mit Fritz Höhn als Vorsitzendem, anfänglich noch eine Sektion der Hofer USPD bildete.

Erstmals traten beide sozialdemokratischen Parteien anläßlich der **Landtagswahl** am 12.1.1919 auch in Münchberg als Konkurrenten auf. Anzumerken ist dabei, daß zur Unterstützung der Forderung nach dem Frauenwahlrecht auch in Münchberg nach 1905 ein Frauenwahlrechtsverein bestand, dem Genosse Fritz Höhn als Vorsitzender diente.

Die Landtagswahl brachte in Münchberg folgendes Ergebnis: auf die Deutsche Volkspartei (DVP) entfielen 29,6 %, auf die MSPD 35,7 %, auf die USPD 30,5% auf die Bayerische Volkspartei (BVP) 3,37 % sowie auf die Bayerische Mittelpartei 0,83 % der abgegebenen gültigen Stimmen. Diese Abstimmung erfolgte wie alle weiteren Wahlen bis 1933 nach den Grundsätzen des allgemeinen, gleichen und geheimen Männer- und Frauenwahlrechts. Für den Wahlkreis Münchberg/Naila konnte der MSPD-Kandidat Gentner aus Pegnitz in den Landtag einziehen, während in Hof/Stadt der USPD-Kandidat Max Blumtritt das Mandat erhielt. Auffallend für Münchberg ist die Tatsache, daß bei dieser Wahl nach Kriegsende beide sozialistischen Parteien zusammengenommen knapp zwei Drittel der Gesamtstimmen auf sich vereinigen konnten.

Bereits eine Woche später, am 19. Januar, wurde die **Wahl zur Nationalversammlung** abgehalten, wobei sowohl MSPD wie USPD im Vergleich zur Landtagswahl einen geringfügigen Rückgang der auf sie entfallenden Stimmen zu verzeichnen hatten: die MSPD erreichte 34,4 %, die USPD 30 %, die DVP 31,7 %, die BVP 2,4 % sowie die Bayerische Mittelpartei 1,48 % der abgegebenen Stimmen. Für den Wahlkreis Hof zog der MSPD-Kandidat Hans Seidel, der auch in Münchberg aktiv war, in den Reichstag ein. Er behielt sein Mandat bis 1933.

Am 19.6.1919 erfolgte schließlich die erste **Stadtratswahl**, bei der erstmals nicht mehr die Klauseln des Bürgerrechts angewandt wurden. Alle Münchberger Bürger im wahlfähigen Alter konnten ohne Unterschied des Geschlechts ihre eigene kommunale Vertretungskörperschaft nach dem Verhältniswahl recht bestimmen. Um die zwanzig Stadtratssitze bewarben sich die Kandidaten dreier Parteien: a) der Ordnungspartei, die zum Sammelbecken aller vor dem Kriege bestehenden bürgerlichen Parteien geworden war; b) eine Liste der USPD und c) eine der MSPD. Die Wahl brachte für die Ordnungspartei 7 Sitze, für die USPD 10 Sitze, die auf folgende Genossen entfielen: Fritz Höhn, Margarete Henrich, die in Münchberg als erste Frau ein Stadtratsmandat innehatte, Adolf Goller, Marian Schödel, Johann Strößner, Johann Taubald, Johann Puchtler, Karl Hertrich, Gustav Stricker und Johann Werner. Demgegenüber gelang es der MSPD nur drei Mandate zu erzielen. Für sie zogen Michael Eby, Andreas Oswald und Georg Ruckdeschel in den Stadtrat ein. In der konstituierenden Sitzung wurde Fritz Höhn zum zweiten Bürgermeister gewählt, so daß nach den damaligen Bestimmungen Margarete Lehmann als erste Ersatzkandidatin der USPD-Liste nachrücken konnte.

Im Juli 1920 stellt sich erstmals der Genosse Fritz Höhn, bisheriger zweiter Bürgermeister, in Münchberg der **Wahl zum Stadtoberhaupt**. Sein Mitbewerber für das Bürgermeisteramt ist Dr. Eberlein aus Kemnath, der von bürgerlicher Seite nominiert wurde, die auch ständig betonte, daß ihr

Kandidat die Vorzüge der Rechtskundigkeit besitzt, auf die eine Stadt wie Münchberg nicht verzichten könne. Die Propaganda, die auch kräftig von der MHZ unterstützt wird, geht soweit, daß man den Münchberger Bürgern vorrechnet, daß eine etwaige Wahl Höhns zum Bürgermeister die Einstellung eines weiteren rechtskundigen Verwaltungsbeamten notwendig machen würde, was die Stadt finanziell überbelaste. Nach Auszählung der Stimmen erreicht Fritz Höhn nur 37.8 % während auf Dr. Eberlein 62,8 % der Stimmen enfallen. Zweifellos mußte dieses Ergebnis als enttäuschend gewertet werden, besonders auch deswegen, weil die kurz vorher durchgeführten Landtagswahlen der USPD 45,12 %, der MSPD 8,7 % und den Bürgerlichen nur 46,2 % der Stimmen in Münchberg brachten. Bei allen weiteren Bürgermeisterwahlen bis 1933 konnte es den Sozialdemokraten nicht gelingen, die Mehrheit der Stimmen für ihren Kandidaten zu erreichen.



Daß auch der im Jahre 1920 gescheiterte **Kapp-Lüttwitz-Putsch**, organisiert von rechtsradikalen Kreisen, deren Ziel die Beseitigung der demokratischen Staatsform war, nicht spurlos an Münchberg vorüberging, bezeugen einige Aufzeichnungen bereits verstorbener Genossen. Sie berichten, daß eine Abteilung des Freikorps Oberland, die Chiemgauer, in Münchberg regelrechte Polizeiaktionen durchführten. Einige Münchberger Sozialdemokraten wurden kurzzeitig festgenommen und verhört, vergeblich suchte man bei ihnen nach Waffen, unter anderem auch nach einem Maschinengewehr, das sich dann als Destillierapparat herausstellte.

Die Geschichte hat uns gelehrt, daß diese rechtsradikalen Umtriebe in der Frühzeit der Weimarer Republik nicht als vereinzelte Spukaktionen anzusehen sind. Systematisch wurde von antidemokratischen Kräften ein Bodensatz genährt, der in Zeiten wirtschaftlicher und sozialer Notlage schaurige Blüten trieb. Sozialdemokraten wurden zum Freiwild für übelste Diffamierungen und terroristische Mordanschläge. Demgegenüber hielten die Vertreter der SPD konsequent und unerschütterlich an den Prinzipien der Demokratie fest und setzten sich mit deren Gegnern, anders wie diese, mit legalen Mitteln auseinander.

Ebenso wie auf Reichsebene konnten die anfänglichen Erfolge der SPD auch in Münchberg nicht wiederholt werden. Hatten die Stadtratsfraktionen von USPD und MSPD am 2.11.1922 ihre Vereinigung zur "Fraktion der vereinigten sozialistischen Partei Deutschlands" erklärt, die mit 13 Mitgliedern die absolute Mehrheit im Stadtrat innehatte, so mußte bei der **Stadtratswahl** im Dezember 1924 für die Sozialdemokratie eine herbe Niederlage hingenommen werden, da man nur noch sieben der zwanzig Sitze gewinnen konnte. Auf der SPD-Liste kandidierten unter anderem uns aus der jüngeren Vergangenheit bekannte Genossen wie Max Specht, Adolf Leupold, Hans Becher und Heinrich Senfft. Durch den Verlust der Mehrheit im Stadtrat verlor auch Fritz Höhn sein Amt als zweiter Bürgermeister.

Die Stadtratswahl vom Dezember 1929 verhalf zwar den Sozialdemokraten zu 8 Sitzen, doch demgegenüber standen einer für die Liste "Gemeinwohl", auch für den "Gemeindebürgerverein" und drei für die NSDAP, die damit erstmals in den Stadtrat einzog.

DAS ENDE DER WEIMARER REPUBLIK

Wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten und daraus folgende soziale Probleme ließen nicht nur die Unterstützung für die SPD zurückgehen, sie machten auch die Konzeptionslosigkeit der bürgerlichen Parteien offenbar. Zwar nimmt der Anteil der Arbeiterparteien – SPD, KPD und Abspaltungen beider Parteien – zu (1928: über 42 %), sie können aber die Trennung nicht überwinden. Auch mit der SPD sehen die bürgerlichen Parteien keine Koalitionsmöglichkeiten mehr. Die letzte Regierung mit SPD-Beteiligung unter Hermann Müller scheitert und mit ihr endet die parlamentarische Demokratie. Die folgenden Regierungen verfügen über keine parlamentarischeMehrheit mehr und regieren mit "Notverordnungen". Im bürgerlichen Lager haben sich damit endgültig die Kräfte durchgesetzt, die in der Errichtung eines autoritären Regimes die Lösung sehen.

Der große Gewinner des Zerfalls der bürgerlichen Parteien sind die "Nationalsozialisten". Ihre Vorstellungen von "Volksgemeinschaft", "nationaler Größe" und "starkem Staat" machen sie attraktiv für all die, die in politischen und gesellschaftlichen Konflikten nicht die Folge, sondern die Ursache der sozialen und wirtschaftlichen Probleme sehen. So finden sie ihre soziale Basis

- in Kleingewerbetreibenden, die in der Krise von der stärkeren Konkurrenz der finanzstarken Großunternehmen und "jüdischen" Warenhäusern verdrängt werden;
- in Staatsbediensteten, deren soziale Lage durch staatliche "Sparpolitik" einschneidend ver-

schlechtert wird;

• in Intellektuellen, die von "der Demokratie" enttäuscht sind.

In dem Maße, wie sich diese Stützen der bürgerlichen Macht von den alten bürgerlichen Parteien abund den faschistischen Vorstellungen zuwenden, gewinnen diese die Unterstützung einflußreicher und finanzkräftiger Teile des industriellen und des Finanzkapitals. 1932 ist das Scheitern der bürgerlichen Regierungen unübersehbar. Es ist auch nicht gelungen, SPD und KPD zurückzudrängen. Ohne die faschistische NSDAP kann keine bürgerliche Regierung mehr gebildet werden. Eine Einigung mit den Sozialdemokraten ist angesichts der politischen Zielsetzung des Bürgertums ausgeschlossen. Also werden die "Nationalsozialisten" in die "Regierungsverantwortung" einbezogen. Im Januar 1933 wird Hitler von den bürgerlichen Parteien zum Reichskanzler gekürt.

Bereits 1932 wird die sozialdemokratisch geführte Regierung in Preußen durch die Reichsregierung widerrechtlich abgesetzt. Ein Widerstand von Seiten des größten Landes war damit ausgeschlossen worden. Die Arbeiterbewegung steht dieser Entwicklung hilf-los gegenüber. Die Erwartung der Sozialdemokraten auf ein baldiges Ende dieser abenteuerlichen Politik der bürgerlichen Seite auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Spaltung in KPD und SPD, die durch die Führung der KPD sogar in dieser Phase der Entwicklung noch verschärft wird, verhindern jeden Widerstand. Bemühungen um einen gemeinsamen Widerstand gegen die Machtübernahme der Faschisten scheitern

Die letzte Gemeindewahl, die noch nach demokratischen Prinzipien vollzogen wurde, fand in Münchberg am 22.4.33 statt, also etwa 11 Wochen nach Hitlers Machtergreifung. Die sozialdemokratische Liste nannte folgende 10 Kandidaten: Fritz Höhn, Andreas Oswald, Oskar Hertrich, Max Köppel, Hans Schmalz, Max Taubald, Heinrich Senfft, Heinrich Schlegel, Adam Hagen und Karl Köhler. Nur die vier erstgenannten konnten für die SPD ein Mandat erreichen, während bei insgesamt 15 zu vergebenden Sitzen die NSDAP neun und die "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" gemeinsam mit dem Christlich-Sozialen Volksdienst zwei Sitze erhielt. Doch die Tätigkeit der Sozialdemokraten war nur von kurzer Dauer. In einem Brief an den Stadtrat schreiben die Genossen Hertrich und Koppel:

"Die Unterzeichneten stellen das Ersuchen an den Stadtrat Münchberg, ihres Postens als Stadtratsmitglieder der SPD enthoben zu werden. Gründe: Die vergangenen Wochen haben haben uns gezeigt, daß uns ein Mitarbeiten an den Geschicken der Stadt Münchberg nicht möglich ist und von der jetzigen Mehrheit im Stadtrat nicht gewünscht wird. Deshalb stellen wir uns auf den Boden der gegebenen Tatsachen und ersuchen den Stadtrat uns von dem Mandat als Stadtratsmitglieder der SPD zu entbinden." (Stadtarchiv Münchberg, 145-2-16/Blatt 56).

Nachdem auch Fritz Höhn seinen Rücktritt erklärt hatte, faßte der Stadtrat am 18.5.33 folgenden Beschluß:

"Von dem Rücktrittsgesuch der Stadtratsmitglieder Fritz Höhn, Oskar Hertrich und Max Koppel, die sämtliche der sozialdemokratischen Partei angehören, wird Kenntnis genommen. Nachdem zu erwarten ist, daß die Frage der Zugehörigkeit von Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei zu Gemeindeparlamenten in nächster Zeit infolge der veränderten politischen Verhältnisse eine gesetzliche Neuregelung erfährt, gelten die oben genannten Stadtratsmitglieder einstweilen als beurlaubt. Die Einberufung von Ersatzleuten kommt demnach vorerst nicht in Frage. Gez.: Dr. Otto."(Stadtarchiv, 145-2-16/Blatt 58).

Allein Andreas Oswald behielt sein Mandat, bis laut Verfügung des Staatsministeriums des Innern vom 18./19. Juni 1933 allen sozialdemokratischen Mandatsträgern in Bayern untersagt wurde, an weiteren Sitzungen teilzunehmen. Am 12. Juli 1933 wird von allen sozialdemokratischen Stadträten

und den Ersatzleuten vom Bezirksamt Münchberg die Verzichtserklärung auf ihr Mandat gefordert, die diese auch leisten. Daraufhin werden die freigewordenen Plätze von Nationalsozialisten eingenommen.

An dieser Stelle soll die Betrachtung über die Zeit bis 1933 abgeschlossen werden, um den Rahmen dieser gerafften Darstellung nicht zu sprengen, wurde es vermieden, näher auf Münchberger Reichsund Landtagswahlergebnisse einzugehen. Auch das dürftige vorhandene Quellenmaterial über die interne Ortsvereinsarbeit erlaubte keine näheren Ausführungen.

Das nationalsozialistische Terrorregime unterband mit brutaler Gewalt jegliche Betätigung für die verbotene Sozialdemokratie. Zahllose SPD-Mitglieder büßten mit dem Leben oder schweren körperlichen Schäden für ihr politisches Bekenntnis. Wer sich im Untergrund weiterhin mutvoll für die Partei einsetzte, mußte gewärtig sein, bei Entdeckung sein Leben zu verlieren. Auf eine Aktion einiger Münchberger Genossen soll hier noch hingewiesen werden, an der auch Georg Stahl teilnahm: in einer Nacht des Jahres 1933 hißten diese nämlich auf dem hohen Schlot der Holpers-Brauerei eine rote Fahne. Erst nach umständlichem Bemühen einiger SA-Leute gelang es, diese Fahne wieder einzuholen.

DIE ZEIT NACH 1945

Der durch die Kriegsniederlage 1945 besiegelte Zusammenbruch des Dritten Reiches machte die Bevölkerung bekannt mit schreckenserfüllten Tatsachen über Geschehnisse der unmittelbaren Vergangenheit. Neben dem Offenkundigwerden der früher geschickt verschleierten nationalsozialistischen Untaten, die auch psychisch auf vielen Unbeteiligten lastete, galt es, eklatante materielle Notlagen zu lindern.

Schwere Probleme brachte die Neuregelung des Lebens auch in Münchberg. Neben der allgemeinen Lebensmittelknappheit mußten für etwa 4000 Vertriebene aus den Ostgebieten Nahrungsmittel und Unterkunft bereitgestellt werden. In sämtlichen Bereichen der kommunalen Aufgaben war es notwendig, einen neuen Anfang zu finden. Neben dem Fleiß und dem ungebrochenen Aufbauwillen der Bevölkerung gebührt in der Zeit nach 1945 dem Sozialdemokraten Max Specht das unangefochtene Verdienst, mit auch heute noch bewundernswerter Tatkraft und Energie in entscheidender Position mitgewirkt zu haben, vielfach unermeßliche Schwierigkeiten gemeistert zu haben.

Am 8. Oktober 1945 wurde Max Specht auf Anordnung der amerikanischen Besatzungsbehörden das Amt des 1. Bürgermeisters übertragen. Im Jahre 1946 erfolgt die erste Gemeinderatswahl, die der KPD einen Sitz, dem "Aufbau Christlich Soziale Union" wie den Sozialdemokraten je 7 Sitze einbringen. Die SPD-Fraktion wird gebildet von Fritz Gebhardt, Heinrich Henrich, Hans Heinrich, Oskar Hertrich, Hans Hertrich, Heinrich Senfft und Hans Seiferth. Daß der Stadtrat Max Specht das unumschränkte Vertrauen schenkte geht allein aus der Tatsache hervor, daß er einstimmig aus dessen Mitte zum Bürgermeister gewählt wurde, während Fritz Höhn zum dritten Bürgermeister bestimmt wurde.

Der Ortsverein der Münchberger SPD nimmt nach der Zulassung durch die Besatzungsbehörden im Herbst 1945 seine Arbeit wieder auf. Hauptaufgabe ist es, die zerschlagene Organisation wieder aufzubauen. Regelmäßige Mitgliederversammlungen finden statt, über deren Verlauf der Besatzungsmacht Bericht erstattet werden muß.

1948 findet neben der Stadtratswahl die erste Bürgermeisterwahl nach dem Zweiten Weltkrieg statt. Während es der SPD gelingt, sieben der 16 Mandate zu erreichen, kann sich Max Specht gegen je einen Mitbewerber aus CSU und FDP mit 70 % der erzielten Stimmen eindeutig behaupten.

Die 50er Jahre stehen unter dem Vorzeichen des wirtschaftlichen Aufschwungs, der es auch ermöglicht, die Infrastruktur der Stadt wesentlich zu verbessern. Die allgemeine Wohungsnot wird schrittweise beseitigt, zusätzliches Bauland kann ausgewiesen werden. Die Stadt fördert entscheidend das Schulwesen, sichert die Energie- wie die Wasserversorgung. Diese und viele weitere Maßnahmen können durch die Initiative Max Spechts in Angriff ge nommen werden, der sich der Unterstützung und tatkräftigen Mithilfe der SPD-Stadtratsfraktion stets sicher sein kann.

Auch die erfolgreiche Arbeit des SPD-Ortsvereins gilt es zu erwähnen. Wie in früheren Zeiten finden neben der politischen Tätigkeit viele gesellige Veranstaltungen statt. Beachtenswerte Wahlergebnisse bei Landtags- und Bundestagswahlen lohnen den oft mühsamen Einsatz während der Wahlkämpfe. Der sozialdemokratische Stimmenanteil bei überregionalen Wahlen liegt stets über dem Landes- und Bundesdurchschnitt und trägt so mit dazu bei, den hier kandidierenden Genossen in den meisten Fällen das Direktmandat zu sichern.

Die von Max Specht auf kommunaler Ebene erfolgreich geleistete Arbeit, kann nach dessen Ausscheiden aus dem Bürgermeisteramt im Jahre 1964 von Ewald Zuber, dem jetzigen Landrat weitergeführt werden. Daß ihm seine Popularität von manchen politischen Gegnern mißgönnt wird, bildete wohl auch mit dem Anlaß zur berühmten Münchberger Wahlanfechtung von 1966, deren Initiatoren das Stadtratswahlergebnis von 1966 anzweifelten, das den Sozialdemokraten in Münchberg zehn von insgesamt 20 Sitzen einbrachte und sie so erstmals nach 1946 zusammen mit dem Bürgermeister dort die absolute Mehrheit stellen konnten. Die angeordnete Nachwahl 1968 ließ die SPD jedoch noch einen Sitz mehr gewinnen.

Seit 1966 gelang es den Münchberger Sozialdemokraten im Stadtrat die absolute Mehrheit zu stellen, ihr Wirken unter dem verdienstvollen Fraktionsvorsitz von Robert Taubald brachte Leistungen hervor, die keinen Vergleich zu scheuen brauche. Der Entschluß Ewald Zubers, 1978 für das Amt des Landrats zu kandidieren, machte es notwendig für seine Nachfolge als Bürgermeister mit Fritz Gräbner einen nicht minder geeigneten Kandidaten zu präsentieren, der sich bei der Wahl auch entscheidend durchsetzen konnte.und seither zusammen mit 12 SPD-Stadträten die Geschicke der Stadt Münchberg erfolgreich lenkt.

DIE SPD IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Auf der Grundlage eines raschen wirtschaftlichen Wachstums, das durch staatliche Vergünstigungen an Unternehmen entscheidend gefördert wurde, konnten die bürgerlichen Parteien unter Führung der CDU/CSU ihre politische Macht behaupten. Vor dem Hintergrund des "Kalten Krieges", der Konfrontationspolitik gegenüber der UdSSR und der DDR, gelang es, die Sozialdemokraten in die Ecke der politisch "Unzuverlässigen" zudrängen, die KPD wurde verboten. Der SPD gelang es so weder, ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen durchzusetzen, noch die Remilitarisierung der Bundesrepublik zu verhindern. Der Kampf gegen die Einführung der Bundeswehr scheiterte ebenso wie die Bewegung gegen eine atomare Bewaffnung dieser deutschen Armee (die dann nur aufgrund internationaler Widerstände scheiterte).

Das rasche Wachstum der Produktion, das auch die Lohnabhängigen einen wachsenden Lebensstandard zuließ, war die Grundlage für die stabile politische Mehrheit des "Bürgerblocks", innerhalb dessen CDU/CSU alle anderen Parteien - außer der FDP - aufsogen. Soziale Verbesserungen mussten freilich erkämpft werden. Nur aufgrund von Streiks konnte erreicht werden

• daß die Mitbestimmung in der Montan-Industrie nicht von der Bundesregierung unterlaufen wurde;

- daß das System periodischer Tarifverhandlungen durchgesetzt wurde und so die Voraussetzung geschaffen wurde für eine stetige Beteiligung der Lohnabhängigen am wirtschaftlichen Wachstum;
- daß die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ohne "Karenztage" existiert;
- daß für die meisten Beschäftigten auch der Samstag arbeitsfrei wurde.

Was nicht auffiel, war allerdings, daß die Wachstumsraten im Durchschnitt immer geringer ausfielen, bis schließlich mit der Krise 1967 die BRD-Wirtschaft den Anschluß an die normale Konjunkturentwicklung wiederfand. Zurück blieben auch die staatlichen Leistungen. Die CDU beschränkte sich darauf, "Rahmenbedingungen" für wirtschaftliches Wachstum zu schaffen. Auf der Strecke blieben dabei soziale Einrichtungen, das Bildungswesen und eine sinnvolle Strukturpolitik. Gerade dadurch wurde aber die Fortsetzung des deutschen "Wirtschaftswunders" unmöglich gemacht.

Als Antwort auf diese Entwicklung formulierten die Sozialdemokraten Ziele für innenpolitische Reformen und eine Politik der Entspannung gegenüber den Ländern des "realen Sozialismus". Mit dem Godesberger Programm 1959 gab die SPD ihre grundsätzliche Opposition auf zugunsten einer Politik der Reformen im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung. Damit gelang es sowohl bei Wählern wie Mitgliedern breitere gesellschaftliche Unterstützung zu finden. Ihre Ziele machten die Partei auch für Gruppen wählbar, die gegen die traditionellen sozialdemokratischen Ziele noch starke Vorbehalte hatten.

In den 60er Jahren wurde immer deutlicher, daß die Politik der bürgerlichen Regierung in eine Sackgasse geführt hatte. Es gab dafür keine Mehrheiten mehr, die CDU/CSU war gezwungen, Zugeständnisse zu machen. Dies fand in der Koalition mit der SPD ihren Ausdruck. Die sozialliberale Koalition war die Konsequenz dieser Entwicklung. Mit der neuen Mehrheit konnten eine Reihe von inneren Reformen durchgesetzt werden und ein erheblicher Ausbau des Systems der sozialen Sicherung erreicht werden. Im Jahre 1972 wurde die SPD erstmals stärkste Partei in der Bundesrepublik . Mit sich verschärfenden Wirtschaftskrisen seit Mitte der 70er Jahre haben sich die äußeren Bedingungen dieser Politik verändert. Mit dem Ende des Wirtschaftswachstums in der gewohnten Form wurde auch der Reformpolitik - der sozialliberalen Bundesregierung die Grundlage entzogen. Der Druck auf die öffentlichen Kassen nahm zu, Reformen waren nicht mehr finanzierbar. Eine Mehrheit für notwendige Eingriffe in die wirtschaftliche Entwicklung ist nach wie vor nicht vorhanden - und so sind es gerade die Arbeitnehmer und die, die auf die soziale Sicherung angewiesen sind, die die sozialen Lasten der Krise zu tragen haben.

In dieser Situation muß die SPD erneut Einbußen hinnehmen. Die Abwendung vieler von der Politik der SPD ist aber zugleich auch Anlaß, sich wieder auf die Grundanliegen sozialdemokratischer Politik zu besinnen: die Errichtung einer Gesellschaft ohne politische Unterdrückung und wirtschaftliche Abhängigkeit. Das heißt zunächst: die soziale Absicherung derer, denen es verwehrt ist, sich ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen und die Durchsetzung einer Wirtschaftsordnung, in der für die Bedürfnisse der Gesellschaft produziert wird.

SPD-STADTRATSMITGLIEDER 1946 - 1978

Hans Seiferth Robert Bauer Oskar Hertrich Hans Becher Fritz Höhn Heinrich Senfft Rosemarie Bumiller Armin Hoffmann Rudolf Seuß Hans Kaiser Günter Simon Jürgen Fehn Hans Keuser Hans Schmidt Egon Frank Fritz Gebhardt Alfred Meister Fritz Schödel Joh. Friedrich Gebhardt Anton Opl Kurt Scholz Johannes Göldel Albert Pittroff Elsbeth Thierauf Waldemar Goltz Rudolf Proksch Robert Taubald Fritz Gräbner Walter Rausch Gerhard Zeitler Karl Zeitler Heinrich Henrich Udo Rodel Hans Heinrich Evi Roth **Ewald Zuber**

Hans Hertrich Dr. Günter Ruisinger

DIE VORSITZENDEN DES SPD-ORTSVEREINS

1902 1910 bis 1914 1922 - 1924 1924 - 1929 1929 - 1930 1930 - 1931 1931 - 1932 1932 - 1933 1945 1946 - ? 1953 - 1954 1954 - 1956 1956 - 1957 1958 1959 - 1962 1962 - 1966 1966 - 1967 1967 - 1973 1973 - 1975 1975 - 1979	Max Schmutzler (Gründungsvorsitzender) Johann Hertrich ("Hertrichsbebel") Andreas Oswald Adolf Goller Christian Krauß Andreas Oswald Georg Schneider Andreas Oswald Heinrich Reuther Fritz Gebhardt Hans Schmidt Hans Hertrich Karl Gesell Hans Keuser Georg Schneider Rudolf Proksch Hans Kaiser Ewald Zuber Armin Hoffmann Günter Puschmann Robert Taubald
1979 - 1981	Hermann Gesell
seit 1981	Ludwig Hoffmann

(Weil vor allem für die Zeit vor 1933 nicht mehr alle Protokolle vorhanden sind, ist eine lückenlose Aufstellung leider nicht mehr möglich.)